

UN-Delegierte beraten in Bonn Öko-Institut erarbeitet Umweltkonzept



Wenn Deutschland in diesem Jahr Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz des UN Übereinkommens über die biologische Vielfalt ist, werden dazu rund 5000 TeilnehmerInnen aus 190 Vertragsstaaten in Bonn erwartet, um gemeinsam Maßnahmen gegen die anhaltende weltweite Naturzerstörung zu beraten. Vorgeschaltet ist eine weitere Konferenz, an der rund 1200 ExpertInnen teilnehmen werden. Außerdem werden etwa 120 Umweltminister erwartet. Insgesamt eine enorme Herausforderung für die Organisatoren, aber auch für die Umwelt. Deshalb hat das Bundesumweltministerium das Öko-Institut mit der Entwicklung eines an-

spruchsvollen Umweltkonzepts beauftragt, gilt es doch, auch in diesem Punkt eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Die ExpertInnen des Öko-Instituts können dabei unter anderem auf Erfahrungen aufbauen, die sie bei der Erarbeitung des Umweltkonzepts Green Goal für die Fußball-WM 2006 und des Leitfadens Green Champions für die umweltfreundliche Gestaltung von Sportgroßveranstaltungen gesammelt haben. *kk*

info: h.stahl@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten1

Ernährungswende

Lösungen für ein drängendes Problem



Gammelfleisch, Preisdumping, Fettleibigkeit – Nachrichten über Lebensmittelskandale und Gesundheitsprobleme infolge von Fehlernährung reißen nicht ab. Ganz offensichtlich ist Ernährung zum gesellschaftlichen Dauerproblem geworden, aber Ansätze, es zu lösen, haben meist nicht den erhofften Erfolg gebracht. Warum nicht und welche anderen Ansätze haben größere Aussicht auf erfolgreiche Umsetzung?

Diese Fragen hat das Öko-Institut mit weiteren Partnern in dem Forschungsprojekt „Er-

nährungswende“ beantwortet und die Erkenntnisse im Rahmen eines Stakeholder-Dialogs den relevanten Akteuren zur Diskussion gestellt. Kurz und knapp sind die Ergebnisse jetzt in einer Broschüre zusammengefasst, die sich gezielt an professionelle Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wendet. Neben zahlreichen relevanten Hintergrundinformationen stellt die Broschüre auch dar, wie sich nachhaltige Ernährung konkret umsetzen lässt und liefert dazu akteurspezifische Handlungsempfehlungen. Sie steht kostenlos im Internet zur Verfügung oder kann beim Öko-Institut bestellt werden. *kk*

info: u.eberle@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten1

EU-Altautorichtlinie

Welche Ausnahmen sind noch berechtigt?

Ob Karosserie, Armaturenbrett oder Sitzpolster: Nach der so genannten EU-Altautorichtlinie sind für Autos, die nach dem 1. Juli 2003 auf den Markt gebracht wurden, bestimmte gefährliche Stoffe verboten. Es handelt sich dabei um Blei, Cadmium, Quecksilber und sechswertiges Chrom. Die Richtlinie sieht allerdings auch Ausnahmen vor. So darf Blei zum Beispiel nach wie vor in Gleitlagern des Motors verwendet werden. Doch wie berechtigt sind diese Ausnahmemöglichkeiten noch? Dies prüft das Öko-Institut jetzt im Auftrag der EU Kommission.

Gibt es inzwischen andere, unbedenklichere Stoffe, die auch in der Serienproduktion eingesetzt werden können? Oder sind für bestimmte Anwendungen noch keine Alternativen verfügbar? Diesen und weiteren Fragen gehen die WissenschaftlerInnen im Rahmen des Projekts nach. Das Ziel: „Unsere Arbeit soll dazu beitragen, die Stoffverbote nur in wirklich gerechtfertigten Ausnahmefällen aufzuheben und diese an den aktuellen wissenschaftlichen und technischen Stand anzupassen“, erläutert Stéphanie Zangl vom Öko-Institut. *kk*

info: s.zangl@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten1





© Brennpunkt

Biblis-A nicht terrrorsicher Öko-Institut untersucht Folgen eines Flugzeugabsturzes

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 müssen auch in Deutschland Terrorszenarien, die bislang als unwahrscheinlich galten, neu diskutiert werden, so zum Beispiel der gezielte Absturz eines zivilen Großflugzeugs auf ein Kernkraftwerk. Die Folgen eines solchen Szenarios hat das Öko-Institut am Beispiel von Biblis-A, Deutschlands ältestem Kernkraftwerk, jetzt untersucht. Das Ergebnis: „Die großflächige Zerstörung des Reaktorgebäudes kann nicht sicher ausgeschlossen werden“, sagt Dr. Christoph Pistner vom Öko-Institut. „In der Folge ist eine Kernschmelze mit frühzeitiger Freisetzung großer Mengen Radioaktivität möglich.“

Unter Annahme von typischen Wetterbedingungen haben die Wissenschaftler berechnet, dass eine Fläche von 10.000 Quadratkilometern von Katastrophenschutzmaßnahmen betroffen sein könnte. Weit größere Gebiete als bisher nach Katastrophenschutzplänen vorgesehen müssten evakuiert oder deren Bewohner langfristig umgesiedelt werden. Es ist zudem mit massiven ökonomischen Schäden und gesundheitlichen Spätfolgen zu rechnen. *am*

info: c.pistner@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten2

Endlager-Sicherheitsverordnung

Neues Positionspapier

Die Bundesregierung plant derzeit, eine Endlager-Sicherheitsverordnung zu erarbeiten, die den Regelungsrahmen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland schaffen soll. Das Öko-Institut nimmt dies zum Anlass, um in einem Positionspapier inhaltliche Vorschläge für die geplante Endlager-Sicherheitsverordnung zur Diskussion zu stellen. Dabei gehen die AutorInnen insbesondere auf die Festlegung von Schutzziele, die Gestaltung des Verfahrens sowie auf Regelungen bezüglich des Langzeitsicherheitsnachweises und des Optimierungsprozesses ein. Darüber hinaus nimmt das Öko-Institut zu ausgewählten Aspekten eines Entwurfs der Gesellschaft für Anlagensicherheit Stellung, in dem Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle vorgeschlagen werden. Das Positionspapier steht kostenlos im Internet zur Verfügung. *am*

info: m.sailer@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten2



© Diana J. Barthelemy - Fotolia.com

§

Umweltgesetzbuch

Referentenentwurf insgesamt enttäuschend

Ende November hat das Bundesumweltministerium den Referentenentwurf für ein Umweltgesetzbuch vorgelegt. Das Umweltgesetzbuch gilt als zentrales Reformvorhaben und soll die Weichen für die künftige deutsche Umweltpolitik stellen. Doch das Ziel, dafür einen klaren Handlungsrahmen zu schaffen, wird nach Meinung des Öko-Instituts weit verfehlt. „Zwar ist es handwerklich weitgehend gelungen, bestimmte Teile des zersplitterten Umweltrechts zusammenzuführen. Doch darin erschöpft sich der Entwurf leider auch schon. Vor allem in seinem Buch zum Naturschutz ist er sogar kontraproduktiv“, kritisiert die Expertin Regine Barth. „Ambitio-

nierte Umweltstandards werden nicht verankert, eingeführte Standards zum Teil aufgeweicht.“ Während sich Deutschland zu Klimaschutz und Biodiversität international als Vorreiter positioniert, versäumt es die Regierung nach Ansicht des Öko-Instituts, im eigenen Umweltrecht die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Der Entwurf muss also dringend nachgebessert werden. Im Rahmen eines Verbundprojekts zum Umweltgesetzbuch erarbeiten das Öko-Institut, die Deutsche Umwelthilfe und das Unabhängige Institut für Umweltfragen jetzt dezidierte Stellungnahmen. *kk*

info: r.barth@oeko.de
www.oeko.de/081/neuetaten2